

Deinbus ist Geld ausgegangen

Fernbuspionier stellt Insolvenzantrag

OFFENBACH (dpa). Angesichts des harten Preiskampfs auf dem Markt hat der Fernbuspionier Deinbus.de Insolvenz angemeldet. Damit trifft der scharfe Wettbewerb einen weiteren kleinen Anbieter. City-2-City hatte im Oktober den Betrieb eingestellt. Deinbus.de will seine Linien vorerst aufrechterhalten.

Das Amtsgericht Offenbach eröffnete das Insolvenzverfahren für Deinbus.de am 4. November. Dies war vor Beginn des jüngsten Lokführerstreiks, von dem Fernbusanbieter profitierten.

Formaler Grund für den Insolvenzantrag sei Überschuldung und drohende Zahlungsunfähigkeit, sagte der vorläufige Insolvenzverwalter Christian Feketija. Hintergrund sei der Preiskampf zwischen den Anbietern. „In der Branche wird mit harten Bandagen gekämpft.“ Die großen Mitbewerber, hinter denen oft finanzstarke Konzerne steckten, drehten an der Preisschraube. „Hinter Deinbus steht kein großer Investor, das ist ein unabhängiger Pionier.“

Der Fernbusmarkt boomt seit der Liberalisierung zum Jahresbeginn 2013. Das von Studenten gegründete Unternehmen Deinbus.de gilt als einer der Pioniere. 2011 hatte das Landgericht Frankfurt eine Unterlassungsklage des Bahnkonzerns gegen die kleine Firma abgewiesen. Sie hatte seit Dezember 2009 im Internet Busfahrten angeboten. Der Marktanteil von Deinbus.de liegt bei zwei Prozent.

City-2-City fährt schon seit Oktober nicht mehr

Für die Zukunft von Deinbus.de mit rund 25 Mitarbeitern hat Feketija Hoffnung. „Wir haben noch Luft für eine Weile.“ Mit den Busunternehmen habe man sich vorerst geeinigt. Derzeit könnten die knapp zwei Dutzend Linien weiter bedient werden. Eigene Busse setzen die Offenbacher nicht ein: Sie verkaufen Tickets, die Strecken werden von mittelständischen Busunternehmen bedient. Nun gehe es darum, möglichst schnell einen Investor zu finden, sagte der Anwalt.

City-2-City hatte seinen Betrieb Mitte Oktober eingestellt. Als Grund hatte eine Sprecherin die niedrigen Ticketpreise genannt. City-2-City habe keine Möglichkeit gesehen, in Deutschland ein nachhaltiges Geschäft aufzubauen. Man sei zwar das erste, aber sicher nicht das letzte Fernbusunternehmen, das den Betrieb einstelle. Branchenführer im Markt ist das Unternehmen Meinfernbus mit einem Marktanteil von 45 Prozent.

■ Apfelsaft wird günstiger



DIE DISCOUNTER haben zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage bundesweit die Preise gesenkt – diesmal für viele Fruchtgetränke, Mehl und Sauerkirschen. Die Discounter Aldi Nord und Aldi Süd kündigten die Preissenkung für Samstag an, Netto-Marken-Discount und Norma folgten kurz danach. Der Liter trüber Apfeldirektsaft wird künftig bundesweit für 75 statt 89 Cent angeboten, wie Aldi Nord und Süd mitteilten. FOTO: DPA

Finanziers von Kernwaffen?

In einer Studie wird deutschen Banken vorgeworfen, den Bau von Atombomben zu unterstützen

VON UNSEREM KORRESPONDENTEN ROLF OBERTREIS

FRANKFURT. Deutsche Banken und Versicherungen gehören nach wie vor zu wichtigen Geldgebern von Unternehmen, die in den Bau von militärischer Nukleartechnik involviert sind. Die dritte Studie „Don't Bank On The Bomb“ der Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) listet zehn deutsche Finanzdienstleister auf. Dazu zählen Deutsche Bank, Commerzbank und die Allianz. Genannt werden auch Landesbanken und die KfW. Zu ICAN gehören die deutschen Organisationen Urgewald und Facing Finance.

Die Finanzdienstleister hätten zwischen 2011 und 2014 weltweit 20 Hersteller von militärischer Nukleartechnik mit rund 7,2 Milliarden Euro in Form von Aktien, Anleihen und Krediten unterstützt. Anders als bei Streumunitie und Landminen sei man nicht bereit, sich von einschlägigen Kunden zu verabschieden, klagt Barbara Hoppe von Urgewald.

Als „einsamen Spitzenreiter“ identifiziert die Studie die Deutsche Bank, die 14 Unternehmen bei Nuklearaktivitäten zwischen 2011 und 2014 mit 1,35 Milli-

arden Euro unterstützt habe. Zu den Firmen zählten der britische Flugzeugbauer BAE Systems, die Airbus Group, der US-Mischkonzern Honeywell International und das US-Unternehmen Raytheon. „Die Deutsche Bank selbst verfügt zwar über eine interne Rüstungsrichtlinie, die die Finanzierung von direkten Transaktionen im Zusammenhang mit kontroversen Waffen wie Atomwaffen untersagt. Das hindert sie jedoch nicht daran, (Rüstungs-) Mischkonzerne weiter zu finanzieren“, sagt Happe.

Ein Sprecher der Bank sagt, dass schon seit vielen Jahren Geschäfte mit atomaren, biologischen und chemischen Waffen „ausgeschlossen“ seien. Raumfahrt und Verteidigung stuft die Bank als kritische Sektoren ein, deren Fälle genau geprüft würden. Es werde die Meinung von Nachhaltigkeitsexperten eingeholt. Sie sollen beurteilen, ob ein Geschäft auch für die Reputation des Kreditinstituts vertretbar ist.

Auf Platz zwei der Liste rangiert die Commerzbank, an der der Bund nach wie vor mit rund 25 Prozent beteiligt ist. Sie habe Rüstungsmischkonzernen insgesamt 2,2 Milliarden Euro gewährt, davon rund 290 Millionen direkt für die Herstellung von militärischer Nukleartechnik.

Die Allianz hält nach Angaben der Studie Aktien und Anleihen von zehn Produzenten im Volumen von 700 Millionen Euro. Auch bei der Commerzbank und der Allianz sieht man sich zu Unrecht am Pranger. Man finanziere Unternehmen, die nur zu einem geringen Teil in der Rüstungssparte tätig seien, heißt es bei der Commerzbank. Da könne man nicht die gesamte Geschäftsbeziehung einstellen. Zu den Geldgebern gehörten auch öffentliche Banken wie die Bayern-LB (570 Millionen), die Landesbank Hessen-Thüringen Helaba (170 Millionen), die KfW (116 Millionen), die Landesbank Baden-Württemberg, die Norddeutsche Landesbank und die HSH Nordbank mit jeweils rund 60 Millionen Euro. Die Studie listet auch die genossenschaftliche DZ Bank auf. Sie mische direkt und indirekt über die Fondsgesellschaft Union Investment mit 160 Millionen Euro mit.

Nach Ansicht der Kritiker ist auch die Bundesregierung gefragt. Sie habe sich dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt verpflichtet und müsse, so Thomas Küchenmeister, Vorstand von Facing Finance, „deutschen Geldhäusern jedwede Finanzdienstleistung für Hersteller von Nuklearwaffentechnologie gesetzlich untersagen“.

Der Ölpreis befindet sich im freien Fall

Die Opec will die Förderung nicht einschränken / Putin kritisiert die USA

VON UNSEREM MITARBEITER CHRISTIAN MIHATSCH

FREIBURG. Im Juni lag der Ölpreis bei 115 Dollar (92,3 Euro). Jetzt nähert er sich 80 Dollar. Das schwache Wachstum in Europa und China und der steigende Dollarkurs belasten den Ölmarkt.

Trotzdem ist nicht mit einer Kürzung der Ölförderung durch die Organisation Erdöl exportierender Staaten (Opec) zu rechnen. Opec-Chef Abdalla El Badri sagte unlängst, die Situation sei „nicht kritisch... Wir sind besorgt aber nicht in Panik.“ Für die Märkte war dies ein Fingerzeig, dass das Ölförderkartell bei seiner nächsten Sitzung am 27. November die Förderquoten der einzelnen Opec-Mitglieder unverändert lässt. Druck auf den Ölpreis gab es noch aus zwei weiteren Gründen. Zum einen hat Libyen angekündigt, demnächst die Förderung im Shara-Feld wieder aufzunehmen. Auf dem größten Ölfeld des Landes war die Produktion eingestellt worden, nachdem Bewaffnete eingedrungen waren.

Zum anderen fiel der Euro auf ein Zweijahres-Tief zum Dollar. Während die US-Notenbank den Kauf von Staatsanleihen einstellen will, hat EZB-Chef Mario



Einige Ölquellen werden wegen des tiefen Preises unrentabel. FOTO: DPA

Draghi angedeutet, in Europa genau das Gegenteil zu tun: Durch Ankäufe von Finanztiteln soll die Bilanzsumme der ECB drastisch erhöht werden. Das spricht für ein weiterhin extrem niedriges Zinsniveau. Dadurch sinkt der Euro und der Dollar steigt. Da Öl in Dollar gehandelt wird,

erhöht das den Druck auf den Ölpreis. Denn Importländer müssen sich erst teure Dollar kaufen, um sich anschließend Öl kaufen zu können. Aus ihrer Sicht wird Öl teurer, was zu einem Rückgang der Nachfrage führt.

Einige Ölförderländer sehen aber nicht nur Marktkräfte am Werk, sondern vermuten politische Gründe. „Die offensichtliche Ursache für den Verfall des Ölpreises ist der Rückgang des weltweiten Wirtschaftswachstums“, sagt Russlands Präsident Wladimir Putin. Aber: „Im Ölpreis ist immer eine politische Komponente präsent und es kommt ein Punkt, wo man das Gefühl hat, dass es die Politik ist, die den Preis von Energieressourcen dominiert.“ Damit spielt Putin auf die Theorie an, dass Saudi-Arabien und die USA den Ölpreis nach unten treiben, um Russland und dem Iran zu schaden. Bei seiner Klage scheint er zu übersehen, dass Russland den Gaspreis etwa für die Ukraine primär nach politischen Überlegungen festlegt. Aber auch der Iran sieht dunkle Kräfte am Werk: „Einige sogenannte islamische Länder in der Region dienen den Interessen Amerikas und anderer arroganter Mächte, indem sie versuchen Iran unter Druck zu setzen.“

Bereit zu Verhandlungen

Lokführergewerkschaft und Bahn offen für Gespräche

BERLIN (dpa). Nach dem vorzeitigen Ende des Lokführerstreiks wollen Bahn und Gewerkschaft GDL wieder verhandeln. „Wir diskutieren jetzt erstmal nicht über Streiks“, sagte GDL-Chef Claus Weselsky. „Wir warten auf Verhandlungen.“ Bahnchef Rüdiger Grube sagte der Bild am Sonntag, das Unternehmen sei jederzeit zu Verhandlungen bereit. „Jeder Tag zählt.“ Einen neuen Termin für Verhandlungen gibt es bislang nicht. Auch nach Streikende waren am Sonntag noch viele Züge verspätet oder fielen aus. Am Montag sollten die Verbindungen wieder normal funktionieren.

Im Fernverkehr fuhren am Sonntag nach Angaben der Bahn auf den Hauptstrecken nur 60 Prozent der üblichen Züge. Wagen und Personal müssten erst wieder an ihren jeweiligen Einsatzort gelangen. Im Nah- und Regionalverkehr rollten im Schnitt rund 80 Prozent der normalen Verbindungen.

Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) hatte ihren Streik am Samstagabend um 18 Uhr beendet – nach 64 Stunden im Personenverkehr und 75 Stunden im Güterverkehr. Weselsky hatte am Freitag nach zwei Siegen vor Gericht gegen die Bahn eine „Versöhnungsgeste“ angekündigt – in Form eines früheren Streikendes.

Brandanschläge auf Bahnanlagen in Norddeutschland bereiteten zusätzliche Probleme für den Bahnverkehr. Dort fielen die Hälfte der Züge aus. Unbekannte hatten am Samstag in Bremen, Niedersachsen und Brandenburg in Kabelschächten entlang der Gleise Feuer gelegt. Zu den Anschlägen bekannten sich im Internet „Autonome Gruppen“.

KURZ GEMELDET

Keine Strafzinsen

Die Sparkassen in Deutschland wollen keine Strafzinsen auf Spareinlagen einführen. „Negativzinsen auf Spareinlagen wird es bei den Sparkassen nicht geben“, sagte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschon. dpa

Noch mehr Gas für China

Russland und China haben eine Vereinbarung über zusätzliche Gaslieferungen geschlossen. Nach einem Treffen zwischen Präsident Wladimir Putin und Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping vor dem Asien-Pazifik-Gipfel (Apec) unterzeichneten beide Seiten eine Absichtserklärung über die Bedingungen für Gaslieferungen entlang einer westlichen Route von den Vorkommen in Westsibirien nach China. Es geht um jährlich 30 Milliarden Kubikmeter. dpa

Milliarden für Uber

Der umstrittene Fahrdienstvermittler Uber will sich laut Medienberichten ein bis zwei Milliarden Dollar bei Investoren besorgen. Das Start-up hätte damit eine gewaltige Kriegskasse für die internationale Expansion und seinen Streit mit dem Taxigewerbe. Denn Uber habe noch eine Milliarde Dollar aus der vergangenen Finanzierungsrunde von Juni übrig, berichtete die Financial Times. dpa

Es mangelt an Olivenöl

Italiens Bauern schlagen Alarm: Die Produktion beliebter Lebensmittel „Made in Italy“ leide stark unter schlechten Wetterbedingungen, berichtete die Nachrichtenagentur Ansa unter Berufung auf den Agrarverband Coldiretti. Bei Olivenöl sei ein Rückgang von 35 Prozent zu erwarten. Auch die Tomatenernte oder den Ertrag von Hartweizen zur Herstellung von Pasta beobachtet der Verband mit Sorge. dpa

■ Billig telefonieren

ORTSGESPRÄCHE Montag-Freitag

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
0-7	Arcor	01070	0,25
	Tele2	01013	0,54
7-19	tellmio	01038	1,82
	Star79	01079	1,84
19-24	Tele2	01013	0,54
	Arcor	01070	0,89

FERNGESPRÄCHE Montag-Freitag

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
0-7	Arcor	01070	0,25
	Tele2	01013	0,49
7-9	Tellia	01041	0,58
	tellmio	01038	1,02
9-18	tellmio	01038	1,02
	010033	010033	1,10
18-19	tellmio	01038	1,02
	010011	010011	1,09
19-24	Tele2	01013	0,49
	Arcor	01070	0,89

ZUM HANDY Montag-Sonntag

Zeit	Anbieter	Kennzahl	Ct./Min.
0-24	010011	010011	1,79
	01032	01032	1,89

Da der Anrufer die Handynummer nicht mehr dem Netz zuordnen kann, sind die Anbieter so gewählt, dass er im günstigsten Fall weniger, aber auf keinen Fall mehr bezahlt.

In der Tabelle sind nur Anbieter berücksichtigt, deren Netzkapazitäten nicht ständig überlastet sind und deren Preisgestaltung einigermaßen transparent und verlässlich ist.

Alle Angaben ohne Gewähr!

QUELLE: BZ/SACHS STAND 07. 11. 2014 BZ-GRAFIK